

**Wahlprüfsteine/Forderungen
der Frankfurter Bürgerinitiativen / F.B.I.**

an die/den Oberbürgermeister-Kandidat*innen anlässlich der OB-Wahl am 5. März 2023

Antworten Mike Josef, SPD

I. Wie sehen Sie ihre Rolle als OB vor dem Hintergrund der Regelungen der Hessische Gemeindeordnung (HGO): zwar direkt gewählt, aber beschränkte Macht gegenüber der letztlich bestimmenden StVerV?

Dem Magistrat der Stadt Frankfurt kommt eine wichtige Rolle zu, auch dem Oberbürgermeister. So ist die Stadt Frankfurt im Aufsichtsrat der Fraport AG mit zwei Personen vertreten und im Konsortialausschuss zusammen mit dem Land Hessen Mehrheitsanteileigner des Flughafens. Als neuer Oberbürgermeister werde ich die Interessen der von Fluglärm betroffenen Menschen mit großem Nachdruck vertreten. Ein Oberbürgermeister spricht bei grundsätzlichen Entscheidungen immer ein gewichtiges Wort mit.

II. Welche Akzente möchten Sie als OB hinsichtlich des Flughafen Frankfurt setzen? Insbesondere bezüglich der Beeinträchtigung der Lebensqualität der Anrainer durch Lärm und Luftschadstoffe?

Fluglärm macht krank, das ist unstrittig und Schadstoffe in der Luft auch. Daher muss beides reduziert werden.

III. Wie stehen Sie zum Argument, dass der Flughafen Frankfurt raumunverträglich ist? Und wie beurteilen Sie die Tatsache, dass er in einer der dichtbesiedelten Regionen Europas noch in das Stadtgebiet hinein erweitert wurde, was im weltweiten Vergleich gegen jede Vernunft verstößt?

Der Flughafen führt zu Siedlungsbeschränkungen in Frankfurt, die zu Problemen führen. Es werden auch Schulen, Altenheime und Krankenhäuser durch Lärm massiv belastet. Dies kann durch andere Anflugrouten nur sehr bedingt verhindert werden. Ich stehe dazu, dass der Bau des Terminal 3 ein teurer Fehler war, was ja durch die Nichtnutzung des Terminals 2 unterstrichen wird. Der Frankfurter Flughafen ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat sich zu einer bedeutenden Arbeitsstätte der Region entwickelt. Die aktuelle Entwicklung verlangt einen Strukturwandel hin zu einem klimabewussten Flughafen, der im öffentlichen Interesse die örtliche Luftverkehrsinfrastruktur und den Flugbetrieb sicherstellt mit fairen und sozialen Arbeitsplätzen über den Flugbetrieb hinaus. Der Flughafen kann sich nur mit der Stadt und der Region entwickeln, nicht gegen sie.

IV. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Flugverkehr in der gesetzlichen Nacht von 22.00 bis 6.00 Uhr einschränken, um ein Lärminderungsziel im Lärmaktionsplan zu erreichen?

Mit einem achtstündigen Nachtflugverbot von 22.00 – 6.00 Uhr.

Mit satellitengestützten Anflugverfahren.

Mit dem Verbot von Billigairlines an unserem Flughafen.

Ich bin der Überzeugung, dass diese Maßnahmen möglich sind, ohne zusätzliche Arbeitsplätze zu gefährden und im Gegenteil gute Arbeitsbedingung am Flughafen fördern.

V. Fragen aus dem Koalitionsvertrag 2021:

Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie den Koalitionsvertrag 2021 umsetzen?

a) Wie wollen Sie darauf hinwirken, dass Kurzstreckenflüge bis zu 600 km auf die Schiene verlagert werden?

Mit dem Ausbau der Schieneninfrastruktur und der Einführung des 49€ Deutschlandtickets und des 1€ Tickets in Frankfurt. Darüber hinaus will ich gute Arbeit am Flughafen, keine Billigairlines.

b) Wie wollen Sie das bestehende Nachtflugverbot wie im Koalitionsvertrag angekündigt, konsequenter durchsetzen?

Das Land Hessen muss den Bußgeldkatalog überarbeiten und verschärfen, Verstöße dürfen sich nicht auch noch lohnen.

c) Sind Sie für ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Nacht von 22- 6 Uhr?

Ja.

d) Werden Sie als OB die Mitgliedschaft bei der Zukunft Rhein-Main (ZRM) beibehalten und ggf. auf die Mitgliedschaft der Stadt erweitern

Der Koalitionsvertrag sieht vor: „Die interkommunale Zusammenarbeit mit den Flughafenanrainer- kommunen werden wir verstärken und in den Gremien zur Weiterentwicklung gemeinsamer Positionen beitragen.“

Ja, das ist natürlich mein Ziel, der gegenwärtige Zustand ist grotesk, es spricht überhaupt nichts dagegen, dass Frankfurt, wie viele andere Kommunen die Interessen der Frankfurterinnen und Frankfurter vertritt, wer soll es denn sonst tun? Ich bin dafür, dass die Vertretung der Stadt bei der FLK in das Dezernat des Oberbürgermeisters gehört. Nicht umsonst ist die Stabsstelle für Fluglärmenschutz dem Oberbürgermeister untergeordnet.

VI. Weitere Fragen

a) Wie erreichen Sie Klimaschutz durch Reduzierung des vom Flugverkehr in Frankfurt induzierten CO2 Ausstoßes, der das Ziel Frankfurt/Main Green City konterkariert?

Indem Kurzstreckenflüge (auch nach Paris oder Prag) konsequent auf die Schiene verlegt werden. Vom Freikaufen durch CO2 Kompensationsprojekten halte ich nicht viel, das ist in meinen Augen Symbolpolitik.

b) Werden Sie die Kompetenzen der von Ihrem Vorgänger geschaffenen Stabsstelle Fluglärmenschutz beibehalten oder durch die Erweiterung ihrer Aufgaben, stärken z. B. um den Bereich der Luftschadstoffe?

Die Stabsstelle Fluglärmschutz werde ich mir als Chefsache direkt zuordnen. Das Thema Reduzierung der Luftschadstoffe ist ein Thema, bei dem wir auf die Expertise des Umweltamtes angewiesen sind, das Thema muss verschiedene Ämter und Dezernate beschäftigen.

Die Stabsstelle für Fluglärmschutz war die erste, die das Thema Ultrafeinstäube aufgegriffen und die beiden neuen Messstationen bestellt hat. Das Umweltdezernat hat zwar dann die Stationen übernommen, ich halte es aber für wichtig, dass die Stabsstelle vorrangig im weiteren Prozess mitbeteiligt wird und Zugriff auf die Rohdaten bekommt.

c) Wie wollen Sie die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus WHO, NORAH und anderen Studien zur Lärmwirkungsforschung und zu Schadstoffbeeinträchtigungen auf die Gesundheitsvorsorge der Frankfurter Bevölkerung umsetzen?

Wir brauchen ein Nachtflugverbot von 8 Stunden, von 22.00 – 06.00 Uhr.

Wir müssen in der Fluglärmkommission die Interessen Frankfurts konsequent vertreten.

Wir brauchen lärmindernde Anflugverfahren und müssen Kurzstreckenflüge minimieren.

Wir müssen unsere Schulen und Altenheime vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen, hier, wenn nötig mehr Geld für Lärmschutz investieren. Mein wichtigstes Anliegen ist, dass es nicht wegen des Lärms zu Lernrückständen an den Schulen, zur (weiteren) Gesundheitsgefährdung von älteren oder kranken Menschen führt. Beide Faktoren sind wissenschaftlich belegt. Es kann kein wirtschaftliches Interesse geben, das der guten Entwicklung unserer Kinder entgegensteht.